



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 10/2024–2025

	Inhalt	Seite
10.	Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (StG; BR 720.000) – Anpassung an harmonisiertes Bundessteuerrecht	631

Inhaltsverzeichnis

10. Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (StG; BR 720.000) – Anpassung an harmonisiertes Bundessteuerrecht

Das Wichtigste in Kürze	631
Il pli important en furma concisa	631
L'essenziale in breve	632
I. Ausgangslage	633
II. Vernehmlassung	634
III. Grundzüge der Vorlage	634
1. Anpassungen an harmonisiertes Bundessteuerrecht	634
a) Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose	634
b) Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen	635
c) Aktienrechtsreform vom 19. Juni 2020	635
d) Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen	636
e) Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen	637
2. Redaktionelle Bereinigung	638
IV. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	639
V. Finanzielle und personelle Auswirkungen der Revision	642
1. Finanzielle Auswirkungen	642
a) Kanton	642
b) Gemeinden	643
2. Personelle Auswirkungen	643
a) Kanton	643
b) Gemeinden	643
VI. Gute Gesetzgebung	643
VII. Referendum und Inkrafttreten	644
VIII. Anträge	644
Abkürzungsverzeichnis/Abreviazions/Elenco delle abbreviazioni	645

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

10.

Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (StG; BR 720.000) – Anpassung an harmonisiertes Bundessteuerrecht

Chur, den 15. Oktober 2024

Das Wichtigste in Kürze

Mit der vorliegenden Teilrevision sollen, nebst einer redaktionellen Bereinigung, beschlossene bzw. bereits in Kraft gesetzte zwingende Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz) formell in das Steuergesetz für den Kanton Graubünden überführt werden. Diese Neuerungen betreffen im Einzelnen die Steuerfreiheit von Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen, Anpassungen aufgrund der Aktienrechtsreform vom 19. Juni 2020 und des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen sowie das Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen. Die neuen Bestimmungen des Steuerharmonisierungsgesetzes überlassen den Kantonen keine Gestaltungsautonomie. Die Regierung hat deshalb auf die Durchführung einer Vernehmlassung verzichtet und plant, die vorliegende Teilrevision rückwirkend auf den 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen.

Il pli impurtant en furma concisa

Ultra d'ina adattaziun redacziunala vul questa revisiun parziala integrar en la Lescha da taglia per il chantun Grischun las prescripziuns stringentas da la Lescha federala davart l'armonisaziun da la taglia directa dals chantuns e da las vischnancas ch'èn decididas u ch'èn gia entradas en vigor.

Questas novaziuns pertutgan en detagl la libertad fiscal da prestaziuns transitoricas per las persunas dischoccupadas pli veglias, il tractament fiscal da sancziuns finanzialas, adattaziuns pervia da la refurma dal dretg da las aczias dals 19 da zercladur 2020 e da la Lescha federala davart las investiziuns collectivs da chapital sco er la Lescha federala davart l'imposiziun da taglia sin rentas vitalizias e furmas da prevenziun sumegliantas. Las novas disposiziuns da la Lescha federala davart l'armonisaziun da la taglia directa dals chantuns e da las vischnancas na surlaschan als chantuns nagina autonomia concepziunala. Perquai ha la Regenza renunzià a la procedura da consultaziun e vul metter en vigur questa revisiun parziala retroactivamain per il 1. da schaner 2025.

L'essenziale in breve

Oltre a una rettifica redazionale la presente revisione parziale mira a incorporare formalmente nella legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni le disposizioni obbligatorie della legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni che sono state adottate o sono già entrate in vigore. In particolare, queste novità riguardano l'esenzione fiscale di prestazioni transitorie per i disoccupati anziani, il trattamento fiscale di sanzioni finanziarie, gli adeguamenti dovuti alla riforma del diritto della società anonima del 19 giugno 2020 e alla legge federale sugli investimenti collettivi di capitale nonché alla legge federale sull'imposizione delle rendite vitalizie e delle forme di previdenza simili. Le nuove disposizioni della legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni non lasciano ai Cantoni alcuna autonomia in termini di spazio di manovra. Il Governo ha pertanto rinunciato a svolgere una procedura di consultazione e prevede di porre in vigore la presente revisione parziale con effetto retroattivo al 1° gennaio 2025.

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft betreffend eine Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden (StG; BR 720.000), welche bezweckt, Vorgaben des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG; SR 642.14) im kantonalen Steuerrecht umzusetzen.

I. Ausgangslage

Seit der letzten Teilrevision des StG, die vom Grossen Rat am 20. Oktober 2020 beschlossen wurde, ist das StHG mehrfach geändert worden. Diese, für die Kantone zwingenden Änderungen betreffen im Einzelnen die Steuerfreiheit von Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen sowie Anpassungen aufgrund der Aktienrechtsreform vom 19. Juni 2020 und des Bundesgesetzes über kollektive Kapitalanlagen. Das Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen vom 17. Juni 2022 zieht ebenfalls Änderungen im StHG nach sich. Letztere werden auf den 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Die Kantone müssen ihre Gesetzgebung an die Änderungen des StHG anpassen. Bei der Festlegung des Inkrafttretenszeitpunkts einer neuen oder geänderten Bestimmung des StHG ist der Bund zur Rücksichtnahme auf die Kantone verpflichtet und räumt den Kantonen in der Regel eine Frist von mindestens zwei Jahren für die Anpassung ihrer Gesetzgebung ein (Art. 72 Abs. 1 StHG). Vereinzelt ignoriert der Bundesgesetzgeber das Einräumen einer solchen Frist oder die Kantone passen aus anderen Gründen ihre Gesetzgebung nicht rechtzeitig an. Dies hat zur Folge, dass die Änderungen im StHG als direkt anwendbares Recht gelten und abweichenden kantonalen Bestimmungen vorgehen (Art. 72 Abs. 2 StHG).

Mit der vorliegenden Teilrevision soll, nebst einer redaktionellen Bereinigung, die zwingende Anpassung des StG an die oben erwähnten Änderungen des StHG erfolgen.

II. Vernehmlassung

Mangels Gestaltungsautonomie der Kantone bei der Anpassung ihrer Gesetzgebung an die besagten Änderungen des StHG wäre die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens weder zielführend noch sinnvoll gewesen. Die Regierung hat deshalb auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens verzichtet.

III. Grundzüge der Vorlage

1. Anpassungen an harmonisiertes Bundessteuerrecht

a) Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Am 19. Juni 2020 verabschiedete die Bundesversammlung das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG; BBl 2020 5519). Am 11. Juni 2021 beschloss der Bundesrat die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2021 (AS 2021 373). Mit dem ÜLG wird Personen, die kurz vor dem Rentenalter ihre Stelle verlieren und deren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung nach Vollendung des 60. Altersjahres erlischt, bis zum ordentlichen AHV-Rentenalter eine Überbrückungsleistung ausgerichtet, die ihren Existenzbedarf deckt. Mit der Einführung des ÜLG wurden auch das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.11) und das StHG geändert. Als existenzsichernde Bedarfsleistung sind die Überbrückungsleistungen, entsprechend den übrigen Bedarfsleistungen (Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe), von den Einkommenssteuern des Bundes und der Kantone befreit. Mit der Inkraftsetzung des ÜLG auf den 1. Juli 2021 sind auch die Bestimmungen des DBG (Art. 24 lit. k DBG) und des StHG (Art. 7 Abs. 4 lit. n StHG) auf diesen Zeitpunkt in Kraft getreten. Zur besseren Erkennbarkeit von Art. 7 Abs. 4 lit. n StHG als direkt anwendbares Recht wurde dieser in die kantonalen Ausführungsbestimmungen zur Steuergesetzgebung (ABzStG; BR 720.015) aufgenommen. Es ist geplant, die entsprechende Bestimmung in den ABzStG nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Teilrevision aufzuheben.

b) Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen

Am 19. Juni 2020 verabschiedete die Bundesversammlung das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (BBl 2020 5679). Die Inkraftsetzung erfolgte auf den 1. Januar 2022 (AS 2020 5121). Das neue Bundesgesetz ändert die Bestimmungen über die geschäftsmässig begründeten Kosten bei selbständig Erwerbenden bzw. den geschäftsmässig begründeten Aufwand bei juristischen Personen sowohl im DBG als auch im StHG. Inländische finanzielle Sanktionen mit Strafcharakter sind steuerlich nicht abzugsfähig (vgl. Art. 10 Abs. 1^{bis} lit. c und d StHG betreffend selbständig Erwerbende und Art. 25 Abs. 1^{bis} lit. c und d StHG betreffend juristische Personen). Finanzielle Sanktionen mit Strafcharakter, die eine ausländische Straf- oder Verwaltungsbehörde verhängt hat, sind unter bestimmten Voraussetzungen steuerlich abzugsfähig (vgl. Art. 10 Abs. 1^{ter} StHG betreffend selbständig Erwerbende und Art. 25 Abs. 1^{ter} StHG betreffend juristische Personen). Des Weiteren sind neben Bestechungsgeldern an schweizerische oder fremde Amtsträger auch Bestechungsgelder an Privatpersonen oder privatrechtliche Unternehmen steuerlich nicht abzugsfähig (vgl. Art. 10 Abs. 1^{bis} lit. a StHG betreffend selbständig Erwerbende und Art. 25 Abs. 1^{bis} lit. a StHG betreffend juristische Personen). Schliesslich sind auch Aufwendungen, die eine Straftat ermöglichen oder als Gegenleistung für deren Begehung bezahlt werden, steuerlich nicht abzugsfähig (vgl. Art. 10 Abs. 1^{bis} lit. b StHG betreffend selbständig Erwerbende und Art. 25 Abs. 1^{bis} lit. b StHG betreffend juristische Personen). Entsprechend der bisherigen Rechtslage sind gewinnabschöpfende Sanktionen ohne Strafcharakter steuerlich abzugsfähig (vgl. Art. 10 Abs. 1 lit. g StHG betreffend selbständig Erwerbende und Art. 25 Abs. 1 lit. f StHG betreffend juristische Personen). Zur besseren Erkennbarkeit der neuen Bestimmungen des StHG als direkt anwendbares Recht wurden diese in die ABzStG aufgenommen. Es ist geplant, die entsprechenden Bestimmungen in den ABzStG nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Teilrevision aufzuheben.

c) Aktienrechtsreform vom 19. Juni 2020

Am 19. Juni 2020 verabschiedete die Bundesversammlung die «grosse» Aktienrechtsrevision, welche unter anderem flexiblere Gründungs- und Kapitalvorschriften beinhaltet (BBl 2020 5573) und auf den 1. Januar 2023 in Kraft trat (AS 2022 109; AS 2020 4005). Damit wurde im Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR; SR 220) ein neues Rechtsinstitut, das Kapitalband (vgl.

Art. 653s ff. OR), eingeführt. Mit der Einführung des Kapitalbands sollen die Kapitalvorschriften für Kapitalgesellschaften flexibilisiert werden, indem der Verwaltungsrat einer Kapitalgesellschaft statutarisch ermächtigt werden kann, das Aktienkapital bis zu 50 Prozent zu erhöhen bzw. zu reduzieren. Das Kapitalband kann längstens für eine Dauer von fünf Jahren vorgesehen werden. Des Weiteren darf seit dem 1. Januar 2023 das Aktienkapital auch in ausländischer Währung geführt werden (vgl. Art. 621 Abs. 2 und Abs. 3 OR), wobei ein Katalog zulässiger Fremdwährungen erstellt worden ist (vgl. Anhang 3 zu Art. 45a der Handelsregisterverordnung, HRegV; SR 221.411).

Die besagte Aktienrechtsrevision enthält Fremdänderungen, die unter anderem das DBG und das StHG betreffen. Die Art. 20 Abs. 8 DBG und Art. 7b Abs. 6 StHG sollen verhindern, dass Publikumsgesellschaften das Kapitalband nutzen, um für ihre Aktionäre steuerliche Vorteile zu generieren, indem sie steuerfrei rückzahlbare Reserven aus Kapitaleinlagen schaffen und keine steuerbaren Dividenden mehr ausrichten. Die Art. 80 Abs. 1^{bis} DBG und Art. 31 Abs. 3^{bis} StHG bestimmen den zwingenden Umrechnungsmechanismus in Franken für die Zwecke der Gewinnsteuern des Bundes und der Kantone. Der Art. 31 Abs. 5 StHG statuiert den zwingenden Umrechnungsmechanismus in Franken für das steuerbare Eigenkapital. Zur besseren Erkennbarkeit der neuen Bestimmungen des StHG als direkt anwendbares Recht wurden diese in die ABzStG aufgenommen. Es ist geplant, die entsprechenden Bestimmungen in den ABzStG nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Teilrevision aufzuheben.

d) Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen

Am 17. Dezember 2021 verabschiedete die Bundesversammlung die Änderung des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG; SR 951.31; BBl 2021 3000). Am 31. Januar 2024 beschloss der Bundesrat, das revidierte KAG sowie die angepasste Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagenverordnung, KKV; SR 951.311) auf den 1. März 2024 in Kraft zu setzen (AS 2024 53). Das revidierte KAG führt in der Schweiz die neue Fondskategorie des «Limited Qualified Investor Fund» (L-QIF) ein. Es handelt sich dabei um kollektive Kapitalanlagen, die von der Bewilligungs- und Genehmigungspflicht durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) befreit sind. Der L-QIF steht ausschliesslich qualifizierten Anlegerinnen und Anlegern zur Verfügung und muss von Instituten verwaltet werden, die durch die FINMA beaufsichtigt werden.

Steuerlich ist der L-QIF den vertraglichen Anlagefonds, den SICAV (Investmentgesellschaften mit variablem Kapital) und den Kommanditgesellschaften für kollektive Kapitalanlagen gleichgestellt. Solange der L-QIF keinen direk-

ten Grundbesitz hält, ist er kein eigenes Steuersubjekt. Seine Nettoerträge werden anteilmässig den Anteilseinerinnen und Anteilseignern zugerechnet und unterliegen den Einkommenssteuern des Bundes und der Kantone (vgl. Art. 20 Abs. 1 lit. e DBG und Art. 7 Abs. 3 StHG). Das Nettovermögen des L-QIF wird anteilmässig den Anteilseinerinnen und Anteilseignern zugerechnet und unterliegt der Vermögenssteuer.

Hält der L-QIF jedoch direkten Grundbesitz, wird er, genauso wie Immobilienfonds nach Art. 58 KAG, in Bezug auf Immobilienerträge und das Reinvermögen aus direktem Grundbesitz als eigenes Steuersubjekt behandelt. Um diese steuerliche Qualifikation des L-QIF mit direktem Grundbesitz herbeizuführen, waren Fremdänderungen im DBG und StHG erforderlich. Art. 49 Abs. 2 erster Satz aDBG und Art. 20 Abs. 1 zweiter Satz aStHG mussten um einen Verweis auf Art. 118a KAG bzw. die neue Fondskategorie des L-QIF ergänzt werden. Die ergänzten Art. 49 Abs. 2 DBG und Art. 20 Abs. 1 StHG stellen klar, dass, neben Immobilienfonds nach Art. 58 KAG, auch L-QIFs mit direktem Grundbesitz nach Art. 118a KAG den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind. Die Gleichstellung von L-QIFs mit direktem Grundbesitz mit den übrigen juristischen Personen hat zur Folge, dass die Immobilienerträge auf der Stufe des Anlagefonds den Gewinnsteuern des Bundes und der Kantone unterliegen (vgl. Art. 66 Abs. 3 i.V.m. Art. 72 DBG und Art. 26 Abs. 3 StHG). Das Reinvermögen von L-QIFs, welches aus direktem Grundbesitz besteht, unterliegt auf der Stufe des Anlagefonds der Kapitalsteuer der Kantone (vgl. Art. 29 Abs. 2 lit. c StHG). Seit dem Inkrafttretensdatum am 1. März 2024 stellt der ergänzte Art. 20 Abs. 1 StHG direkt anwendbares Recht dar.

e) Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen

Am 17. Juni 2022 verabschiedete die Bundesversammlung das Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen (BBl 2022 1566). Am 25. Januar 2023 beschloss der Bundesrat, das Bundesgesetz auf den 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen (AS 2023 38). Dieses beinhaltet Änderungen im DBG und StHG. Als Folge dieser Änderungen wird ab dem 1. Januar 2025 der steuerbare Anteil von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen dem Zinsumfeld angepasst. Im Einzelnen beinhalten die neuen Bestimmungen folgende Neuerungen:

- Bei Leibrentenversicherungen, die dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG; SR 221.229.1) unterstehen, wird der steuerbare Ertragsanteil der garantierten Rentenleistung mit Hilfe einer Formel in Abhängigkeit vom Höchstzinssatz der FINMA

ermittelt (Art. 22 Abs. 3 lit. a Ziff. 1 und 2 nDBG und Art. 7 Abs. 2 lit. a Ziff. 1 und 2 nStHG). Allfällige Überschussleistungen werden zu 70 Prozent besteuert (Art. 22 Abs. 3 lit. b nDBG und Art. 7 Abs. 2 lit. b nStHG).

- Der steuerbare Ertragsanteil soll für Leistungen aus ausländischen Leibrentenversicherungen sowie aus Leibrenten- und Verpfändungsverträgen mit Hilfe einer Formel in Abhängigkeit von der Durchschnittsrendite von Bundesobligationen mit zehnjähriger Laufzeit ermittelt werden (Art. 22 Abs. 3 lit. c Ziff. 1 und 2 nDBG und Art. 7 Abs. 2 lit. c Ziff. 1 und 2 nStHG).
- Der private Rentenschuldner kann die Ertragskomponente von den Einkommenssteuern des Bundes und der Kantone abziehen (Art. 33 Abs. 1 lit. b nDBG und Art. 9 Abs. 2 lit. b nStHG).

Die Anpassungen im StG sollen zeitgleich mit dem Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen auf den 1. Januar 2025 in Kraft treten.

2. Redaktionelle Bereinigung

Mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2018 wurde die in Art. 87 Abs. 2 aStG für juristische Personen mit ideellen Zwecken normierte betragsmässige Steuerfreigrenze, welche infolge Erwähnung von Art. 87 StG in Art. 4 Abs. 1 StG der Indexierung unterlag, durch einen Verweis auf die in Art. 66a DBG normierte Steuerfreigrenze ersetzt. Damit wurde die Erwähnung des Art. 87 StG in Art. 4 Abs. 1 StG obsolet. Diese Folgebereinigung soll mit der vorliegenden Teilrevision nachgeholt werden. Art. 87 soll deshalb aus Art. 4 Abs. 1 StG ersatzlos gestrichen werden.

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 4 Abs. 1: Art. 87 StG soll aus Art. 4 Abs. 1 StG ersatzlos gestrichen werden. Es handelt sich um eine Folgeberichtigung.

Art. 21c Abs. 6: Einlagen und Aufgelder, die während eines Kapitalbandes nach den Art. 653s ff. OR geleistet werden, gelten als steuerfrei rückzahlbare Reserven aus Kapitaleinlagen, jedoch nur soweit sie die Rückzahlungen von Reserven im Rahmen des Kapitalbandes übersteigen. Diese Bestimmung soll verhindern, dass Publikumsgesellschaften das Kapitalband dazu nutzen können, für ihre Aktionärinnen und Aktionäre steuerliche Vorteile zu generieren, indem sie keine steuerbaren Dividenden mehr ausrichten. Bei jedem Rückkauf von Aktien über die zweite Handelslinie während der Dauer des Kapitalbands treten die Steuerfolgen der direkten Teilliquidation nicht ein, da in der Praxis der Rückkauf über die zweite Handelslinie nur durch Personen erfolgt, für die das Buchwertprinzip gilt. Bei jeder Kapitalerhöhung werden aber, da die einbezahlten Kapitalreserven von den Aktionärinnen und Aktionären stammen, steuerfrei rückzahlbare Reserven aus Kapitaleinlagen gebildet. Publikumsgesellschaften könnten durch das Zusammenspiel der zweiten Handelslinie und dem Instrument des Kapitalbandes steuerfrei rückzahlbare Reserven aus Kapitaleinlagen schaffen. Um dies einzuschränken, sieht Art. 21c Abs. 6 E-StG vor, die Kapitalerhöhungen und die Kapitalherabsetzungen während der Dauer des Kapitalbands zu verrechnen. Es erfolgt mithin eine Nettobetrachtung.

Art. 23 Abs. 2: Die Neuregelung von Absatz 2 enthält keinen fixen Prozentsatz mehr. Sie hält lediglich fest, dass Leibrentenversicherungen sowie Leibrenten- und Verpfändungsverträge im Umfang ihres Ertragsanteils steuerbar sind. Wie dieser Ertragsanteil im Einzelfall bestimmt wird, ist Gegenstand der Aufzählungselemente in den Literae a bis c. Die Bestimmung von Litera a regelt den steuerbaren Ertragsanteil für garantierte Leistungen aus inländischen Leibrentenversicherungen. Litera b regelt die Überschussleistungen aus inländischen Leibrentenversicherungen. Litera c regelt die Leistungen aus ausländischen Leibrentenversicherungen, aus Leibrenten- und aus Verpfändungsverträgen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Art. 22 Abs. 3 nDBG in der Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen verwiesen (BBl 2021 3028).

Art. 30 Abs. 1 lit. o: Die neue Litera o regelt die Steuerfreiheit von Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose.

Art. 32 Abs. 1 lit. h: Die neue Litera h sieht vor, dass selbständig Erwerbende gewinnabschöpfende Sanktionen, soweit sie keinen Strafcharakter haben, als geschäfts- oder berufsmässige Kosten abziehen können.

Art. 32 Abs. 2 lit. a: Die neue Litera a sieht vor, dass selbständig Erwerbende Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts nicht abziehen können.

Art. 32 Abs. 2 lit. b: Die neue Litera b sieht vor, dass selbständig Erwerbende Aufwendungen zur Ermöglichung von Straftaten oder als Gegenleistung für die Begehung von Straftaten nicht abziehen können.

Art. 32 Abs. 2 lit. c: Die neue Litera c sieht vor, dass selbständig Erwerbende Bussen und Geldstrafen nicht abziehen können.

Art. 32 Abs. 2 lit. d: Die neue Litera d sieht vor, dass selbständig Erwerbende finanzielle Verwaltungssanktionen, soweit sie einen Strafcharakter haben, nicht abziehen können.

Art. 32 Abs. 3: Der neue Absatz 3 sieht vor, dass Bussen, Geldstrafen und finanzielle Verwaltungssanktionen mit Strafcharakter, die von einer ausländischen Straf- oder Verwaltungsbehörde verhängt worden sind, abzugsfähig sind, wenn die Sanktion gegen den schweizerischen Ordre public verstösst (lit. a) oder die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, alles Zumutbare unternommen zu haben, um sich rechtskonform zu verhalten (lit. b).

Art. 36 Abs. 1 lit. b: Die Neuregelung von Litera b regelt die steuerliche Abzugsfähigkeit der Ertragskomponente der Leistungen aus Leibrenten- und Verpfändungsverträgen beim privaten Rentenschuldner.

Art. 74 Abs. 2: Der erste Satz von Absatz 2 wird um Art. 118a KAG ergänzt. Damit wird klargestellt, dass ein L-QIF mit direktem Grundbesitz für die Zwecke der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer den übrigen juristischen Personen gleichgestellt ist.

Art. 81 Abs. 1 lit. j: Die neue Litera j sieht vor, dass gewinnabschöpfende Sanktionen, soweit sie keinen Strafcharakter haben, zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören.

Art. 81 Abs. 3 lit. a: Die neue Litera a sieht vor, dass Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören.

Art. 81 Abs. 3 lit. b: Die neue Litera b sieht vor, dass Aufwendungen zur Ermöglichung von Straftaten oder als Gegenleistung für die Begehung von Straftaten nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören.

Art. 81 Abs. 3 lit. c: Die neue Litera c sieht vor, dass Bussen nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören.

Art. 81 Abs. 3 lit. d: Die neue Litera d sieht vor, dass finanzielle Verwaltungssanktionen, soweit sie einen Strafcharakter haben, nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören.

Art. 81 Abs. 4: Der neue Absatz 4 sieht vor, dass Bussen und finanzielle Verwaltungssanktionen mit Strafcharakter, die von einer ausländischen Straf- oder Verwaltungsbehörde verhängt worden sind, abziehbar sind, wenn die Sanktion gegen den schweizerischen Ordre public verstösst (lit. a) oder die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, alles Zumutbare unternommen hat, um sich rechtskonform zu verhalten (lit. b).

Art. 97 Abs. 1^{bis}: Lautet der Geschäftsabschluss auf eine ausländische Währung, so ist der steuerbare Reingewinn für die Zwecke der Gewinnsteuer zum durchschnittlichen Devisenkurs (Verkauf) der betreffenden Steuerperiode in Franken umzurechnen.

Art. 97 Abs. 2^{bis}: Lautet der Geschäftsabschluss auf eine ausländische Währung, so ist das steuerbare Eigenkapital für die Zwecke der Kapitalsteuer zum Devisenkurs (Verkauf) am Ende der betreffenden Steuerperiode in Franken umzurechnen.

Art. 129 Abs. 1 lit. c: Art. 129 Abs. 1 StG regelt die Bescheinigungspflicht Dritter gegenüber der steuerpflichtigen Person. Litera c sieht bereits unter geltendem Recht vor, dass die Versicherer der steuerpflichtigen Person den Rückkaufswert von Versicherungen sowie die aus Versicherungsverhältnissen ausbezahlten oder geschuldeten Leistungen bescheinigen müssen (vgl. Art. 127 Abs. 1 lit. c DBG für die Zwecke der direkten Bundessteuer). Die neue Litera c umfasst auch Leistungen aus Leibrentenversicherungen nach VVG. Die Besteuerung dieser Leistungen bedingt jedoch, dass die Versicherer zusätzliche – im geltenden Art. 129 Abs. 1 lit. c StG noch nicht erwähnte – Informationen bescheinigen. Bei Leibrentenversicherungen nach VVG muss der Versicherer zusätzlich das Abschlussjahr der Versicherung, die Höhe der garantierten Leibrente, den gesamten steuerbaren Ertragsanteil nach Art. 23 Abs. 2 E-StG sowie gesondert die Überschussleistungen und den Ertragsanteil aus diesen Leistungen nach Art. 23 Abs. 2 lit. b E-StG ausweisen. Art. 129 Abs. 1 lit. c E-StG entspricht Art. 127 Abs. 1 lit. c nDBG.

V. Finanzielle und personelle Auswirkungen der Revision

1. Finanzielle Auswirkungen

a) Kanton

Seit dem 1. Juli 2021 ist Art. 7 Abs. 4 lit. n StHG, der die Steuerfreiheit von Überbrückungsleistungen normiert, im Kanton Graubünden direkt anwendbar. Da es sich um eine neue Kategorie von Sozialleistungen handelt, die von ihrer Einführung weg steuerbefreit war, hat die Steuerfreiheit von Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose für den Kanton keine finanziellen Auswirkungen.

Die Bestimmungen des StHG zur steuerlichen Behandlung von finanziellen Sanktionen sind seit dem 1. Januar 2022 im Kanton Graubünden direkt anwendbar. Die steuerliche Nichtabzugsfähigkeit der finanziellen Sanktionen mit Strafzweck sowie die steuerliche Abzugsfähigkeit von gewinnabschöpfenden Sanktionen ohne Strafzweck entsprechen der bisherigen Rechtsauffassung des Kantons Graubünden und sollten deshalb kaum finanzielle Auswirkungen haben.

Die aufgrund der Aktienrechtsreform vom 19. Juni 2020 eingeführten Bestimmungen des StHG betreffend das Kapitalband und die Führung des Aktienkapitals in Fremdwährung sind seit dem 1. Januar 2023 im Kanton Graubünden direkt anwendbar. Es wird mit keinen nennenswerten finanziellen Auswirkungen für den Kanton gerechnet.

Der aufgrund der Einführung der neuen Fondskategorie L-QIF im KAG ergänzte Art. 20 Abs. 1 StHG ist seit dem 1. März 2024 im Kanton Graubünden direkt anwendbar. Die finanziellen Auswirkungen der Einführung der neuen Fondskategorie L-QIF im KAG für den Kanton lassen sich nicht abschätzen. Sie dürften aber für den Kanton gering ausfallen.

Die finanziellen Auswirkungen der neuen Bestimmungen des StHG zur Besteuerung von Leibrenten für den Kanton und die Gemeinden lassen sich nicht abschätzen. Der Bund hatte eine grobe Schätzung der Mindereinnahmen für den Bund sowie die Kantone und Gemeinden vorgenommen. Auf der Grundlage der Steuerdaten 2019 würden als Folge der Reform bei der direkten Bundessteuer Mindereinnahmen von 11 Millionen Franken und bei den Kantonen und Gemeinden Mindereinnahmen von 33 Millionen Franken resultieren. Unter Berücksichtigung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer würden sich die geschätzten Mindereinnahmen des Bundes auf 9 Millionen Franken reduzieren und jene der Kantone und Gemeinden auf 35 Millionen Franken erhöhen (vgl. Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen, BBl 2021 3028, Ziffer 5.1). Aufgrund dieser groben Schätzung des Bundes kann davon ausgegangen werden, dass die Mindereinnahmen für den Kanton sehr gering ausfallen dürften.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Mindereinnahmen der vorliegenden Teilrevision für den Kanton gering ausfallen werden.

Auf die Durchführung eines Mitberichtsverfahrens nach Art. 38 der Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (FHV; BR 710.110) wurde deshalb verzichtet.

b) Gemeinden

Allfällige Mindereinnahmen aufgrund der vorliegenden Teilrevision werden den Kanton und die Gemeinden gleichermaßen treffen und folglich auch für die Gemeinden gering ausfallen.

2. Personelle Auswirkungen

a) Kanton

Die vorliegende Teilrevision wird bei der Steuerverwaltung des Kantons Graubünden und den kommunalen Veranlagungsbehörden zu einem geringen administrativen Mehraufwand führen, insbesondere als Folge der neuen Bestimmungen zur Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dieser Mehraufwand sich mit dem bestehenden Personal bewältigen lässt. Die vorliegende Teilrevision sollte demnach keine personellen Auswirkungen für den Kanton haben.

b) Gemeinden

Die vorliegende Teilrevision sollte auch für die Gemeinden keine personellen Auswirkungen haben.

VI. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. Regierungsbeschluss vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070/2010) werden mit der Revisionsvorlage beachtet.

VII. Referendum und Inkrafttreten

Gegen die vorliegende Teilrevision kann das fakultative Referendum ergriffen werden (Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 der Verfassung des Kantons Graubünden; BR 110.100).

Die Regierung plant, die vorliegende Teilrevision rückwirkend auf den 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen.

VIII. Anträge

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Parolini*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Abkürzungsverzeichnis / Abreviazions / Elenco delle abbreviazioni

Abs.	Absatz
<i>al.</i>	<i>alinea</i>
<i>cpv.</i>	<i>capoverso</i>
ABzStG	Ausführungsbestimmungen zur Steuergesetzgebung
<i>DERtLT</i>	<i>Disposiziuns executivas tar la legislaziun da taglia</i>
<i>DELIG</i>	<i>Disposizioni esecutive della legislazione sulle imposte</i>
Art.	Artikel
<i>art.</i>	<i>artitgel</i>
<i>art.</i>	<i>articolo</i>
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
<i>CULF</i>	<i>Collecziun uffiziala da las leschas federalas</i>
<i>RU</i>	<i>Raccolta ufficiale delle leggi federali</i>
BB1	Bundesblatt
<i>FF</i>	<i>Fegl uffizial federal</i>
<i>FF</i>	<i>Foglio federale</i>
BR	Bündner Rechtsbuch
<i>DG</i>	<i>Cudesch da dretg grischun</i>
<i>CSC</i>	<i>Collezione sistematica del diritto cantonale grigionese</i>
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer
<i>LTFD</i>	<i>Lescha federala davart la taglia federala directa</i>
<i>LIFD</i>	<i>Legge federale sull'imposta federale diretta</i>
FHV	Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt
<i>OFC</i>	<i>Ordinaziun da finanzas dal chantun Grischun</i>
<i>OGFC</i>	<i>Ordinanza sulla gestione finanziaria cantonale</i>
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
<i>FINMA</i>	<i>Autoritad federala per la surveglianza dals martgads da finanzas</i>
<i>FINMA</i>	<i>Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari</i>
HRegV	Handelsregisterverordnung
<i>ORC</i>	<i>Ordinaziun davart il register da commerzi</i>
<i>ORC</i>	<i>Ordinanza sul registro di commercio</i>
KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen
<i>LICol</i>	<i>Lescha federala davart las investiziuns collectivas da chapital</i>
<i>LICol</i>	<i>Legge federale sugli investimenti collettivi di capitale</i>
KKV	Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen
<i>OICol</i>	<i>Ordinaziun davart las investiziuns collectivas da chapital</i>
<i>OICol</i>	<i>Ordinanza sugli investimenti collettivi di capitale</i>
OR	Obligationenrecht
<i>DO</i>	<i>Dretg d'obligaziuns</i>
<i>CO</i>	<i>Codice delle obbligazioni</i>

Prot. Nr.	Protokoll Nummer
<i>prot. nr.</i>	<i>protocol numer</i>
<i>Prot. n.</i>	<i>protocollo numero</i>
RB	Regierungsbeschluss
<i>CR</i>	<i>conclus da la Regenza</i>
<i>DG</i>	<i>decreto governativo</i>
SICAV	Investmentgesellschaft mit variablem Kapital
<i>SICV</i>	<i>societad d'investiziun a chapital variabel</i>
<i>SICAV</i>	<i>società d'investimento a capitale variabile</i>
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
<i>CS</i>	<i>Collecziun sistematica dal dretg federal</i>
<i>RS</i>	<i>Raccolta sistematica del diritto federale</i>
StG	Steuergesetz für den Kanton Graubünden
<i>LT</i>	<i>Lescha da taglia per il chantun Grischuni</i>
<i>LIG</i>	<i>Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni</i>
StHG	Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden
<i>LATD</i>	<i>Lescha federala davart l'armonisaziun da la taglia directa dals chantuns e da las vischnancas</i>
<i>LAID</i>	<i>Legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni</i>
ÜLG	Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose
<i>LPTD</i>	<i>Lescha federala davart las prestaziuns transitoricas per ils dischoccupads pli attempads</i>
<i>LPTD</i>	<i>Legge federale sulle prestazioni transitorie per i disoccupati anziani</i>
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag
<i>LCA</i>	<i>Lescha federala davart il contract d'assicuranza</i>
<i>LCA</i>	<i>Legge federale sul contratto d'assicurazione</i>

Steuergesetz für den Kanton Graubünden

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: **720.000**
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Steuergesetz für den Kanton Graubünden" BR [720.000](#) (Stand 1. Januar 2025) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Weicht der Landesindex der Konsumentenpreise im Juli eines Kalenderjahres vom Stand Ende Dezember 2005 um drei Prozent oder ein Mehrfaches davon ab, ändern sich die in Artikel 31 Litera c, ~~Artikel 35 Abs. 3~~ **Artikel 35 Absatz 3**, Artikel 36 Litera h und l, Artikel 38, Artikel 39, Artikel 40a, Artikel 52 Absatz 1 und 3, Artikel 63 Absatz 1, Artikel 64 Absatz 1, ~~Artikel 87~~, Artikel 91 und Artikel 114 Absatz 1 in Franken festgelegten Beträge für das nächste Steuer- beziehungsweise Kalenderjahr um drei Prozent oder das entsprechende Mehrfache davon. Die Abzüge sind auf 100 Franken, die Beträge in Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 63 Absatz 1 auf 1000 Franken aufzurunden.

Art. 21c Abs. 6 (neu)

⁶ Absatz 1 gilt für Einlagen und Aufgelder, die während eines Kapitalbands nach den Artikeln 653s ff. des Obligationenrechts¹⁾ geleistet werden, nur soweit sie die Rückzahlungen von Reserven im Rahmen dieses Kapitalbands übersteigen.

Art. 23 Abs. 2 (geändert)

² ~~Leibrenten~~**Leibrentenversicherungen** sowie ~~Einkünfte aus Verpfändung~~**Leibrenten- und Verpfändungsverträge** sind zu 40 Prozent ~~im Umfang ihres Ertragsanteils~~ steuerbar. **Dieser bestimmt sich wie folgt:**

- a) **(neu)** bei garantierten Leistungen aus Leibrentenversicherungen, die dem Versicherungsvertragsgesetz²⁾ unterstehen, ist der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses auf der Grundlage von Artikel 36 Absatz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes³⁾ bestimmte maximale technische Zinssatz (m) während der gesamten Vertragsdauer massgebend:
 1. ist dieser Zinssatz grösser als null, so berechnet sich der Ertragsanteil, auf den nächstliegenden ganzen Prozentwert auf- oder abgerundet, nach der Formel in Artikel 7 Absatz 2 Litera a Ziffer 1 des Steuerharmonisierungsgesetzes⁴⁾;
 2. ist dieser Zinssatz negativ oder null, so beträgt der Ertragsanteil null Prozent.
- b) **(neu)** bei Überschussleistungen aus Leibrentenversicherungen, die dem Versicherungsvertragsgesetz unterstehen, entspricht der Ertragsanteil 70 Prozent dieser Leistungen;
- c) **(neu)** bei Leistungen aus ausländischen Leibrentenversicherungen, aus Leibrenten- und aus Verpfändungsverträgen ist die Höhe der um 0,5 Prozentpunkte erhöhten annualisierten Rendite zehnjähriger Bundesobligationen (r) während des betreffenden Steuerjahres und der neun vorangegangenen Jahre massgebend:
 1. ist diese Rendite grösser als null, so berechnet sich der Ertragsanteil, auf den nächstliegenden ganzen Prozentwert auf- und abgerundet, nach der Formel in Artikel 7 Absatz 2 Litera c Ziffer 1 des Steuerharmonisierungsgesetzes⁵⁾;

¹⁾ Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (OR; SR [220](#))

²⁾ Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (Versicherungsvertragsgesetz, VVG; SR [221.229.1](#))

³⁾ Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen vom 17. Dezember 2004 (Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG; SR [961.01](#))

⁴⁾ Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990 (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG; SR [642.14](#) (Fassung gemäss Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen vom 17. Juni 2022, AS 2023 38)

⁵⁾ SR [642.14](#) (Fassung gemäss Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen vom 17. Juni 2022, AS 2023 38)

-
2. ist die Rendite negativ oder null, so beträgt der Ertragsanteil null Prozent.

Art. 30 Abs. 1

¹ Steuerfrei sind:

- n) **(geändert)** die einzelnen Gewinne aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung, die nach Artikel 1 Absatz 2 Litera d und e BGS diesem nicht unterstehen, sofern die Grenze von 1000 Franken nicht überschritten wird;
- o) **(neu)** Einkünfte aufgrund des Bundesgesetzes über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose vom 19. Juni 2020⁶⁾.

Art. 32 Abs. 1, Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

¹ Selbständig Erwerbende können die geschäfts- oder berufsmässig begründeten Kosten abziehen, insbesondere:

- g) **(geändert)** die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung, einschliesslich Umschulungskosten, des eigenen Personals;
- h) **(neu)** die gewinnabschöpfenden Sanktionen, soweit sie keinen Strafzweck haben.

² Nicht abziehbar sind ~~Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger~~ **insbesondere:**

- a) **(neu)** Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts;
- b) **(neu)** Aufwendungen zur Ermöglichung von Straftaten oder als Gegenleistung für die Begehung von Straftaten;
- c) **(neu)** Bussen und Geldstrafen;
- d) **(neu)** finanzielle Verwaltungssanktionen, soweit sie einen Strafzweck haben.

³ Sind Sanktionen nach Absatz 2 Litera c und Litera d von einer ausländischen Straf- oder Verwaltungsbehörde verhängt worden, so sind sie abziehbar, wenn:

- a) die Sanktion gegen den schweizerischen Ordre public verstösst; oder
- b) die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, dass sie alles Zumutbare unternommen hat, um sich rechtskonform zu verhalten.

Art. 36 Abs. 1

¹ Von den Einkünften werden abgezogen:

- b) **(geändert)** ~~40 Prozent der bezahlten Leibrenten sowie die dauernden Lasten~~ **sowie der Ertragsanteil nach Artikel 23 Absatz 2 Litera c der Leistungen aus Leibrenten- und aus Verpfändungsverträgen;**

⁶⁾ SR [837.2](#)

Art. 74 Abs. 2 (geändert)

² Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz nach Artikel 58 ~~KAG~~ **oder Artikel 118a des Kollektivanlagengesetzes**⁷⁾. Die Investmentgesellschaften mit festem Kapital nach Artikel 110 ~~KAG~~ **des Kollektivanlagengesetzes** werden wie Kapitalgesellschaften besteuert.

Art. 81 Abs. 1, Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

¹ Zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören insbesondere:

- a) **(geändert)** die Steuern des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, ~~ausgenommen die Strafsteuern und die Steuerbussen~~;
- i) **(geändert)** die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung, einschliesslich Umschulungskosten, des eigenen Personals;
- j) **(neu)** gewinnabschöpfende Sanktionen, soweit sie keinen Strafzweck haben.

³ Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören ~~Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger~~ **insbesondere:**

- a) **(neu)** Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts;
- b) **(neu)** Aufwendungen zur Ermöglichung von Straftaten oder als Gegenleistung für die Begehung von Straftaten;
- c) **(neu)** Bussen;
- d) **(neu)** finanzielle Verwaltungssanktionen, soweit sie einen Strafzweck haben.

⁴ Sind Sanktionen nach Absatz 3 Litera c und Litera d von einer ausländischen Straf- oder Verwaltungsbehörde verhängt worden, so sind sie abziehbar, wenn:

- a) die Sanktion gegen den schweizerischen Ordre public verstösst; oder
- b) die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, dass sie alles Zumutbare unternommen hat, um sich rechtskonform zu verhalten.

Art. 97 Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 2^{bis} (neu)

^{1bis} Lautet der Geschäftsabschluss auf eine ausländische Währung, so ist der steuerbare Reingewinn in Franken umzurechnen. Massgebend ist der durchschnittliche Devisenkurs (Verkauf) der Steuerperiode.

^{2bis} Lautet der Geschäftsabschluss auf eine ausländische Währung, so ist das steuerbare Eigenkapital in Franken umzurechnen. Massgebend ist der Devisenkurs (Verkauf) am Ende der Steuerperiode.

⁷⁾ Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (Kollektivanlagengesetz, KAG; SR [951.31](#))

Art. 129 Abs. 1

¹ Gegenüber dem Steuerpflichtigen sind zur Ausstellung schriftlicher Bescheinigungen verpflichtet:

- c) **(geändert)** Versicherer über den Rückkaufswert von Versicherungen und über die aus dem Versicherungsverhältnis ausbezahlten oder geschuldeten Leistungen; **bei Leibrentenversicherungen, die dem Versicherungsvertragsgesetz⁸⁾ unterstehen, müssen sie zusätzlich das Abschlussjahr, die Höhe der garantierten Leibrente, den gesamten steuerbaren Ertragsanteil nach Artikel 23 Absatz 2 sowie die Überschussleistungen und den Ertragsanteil aus diesen Leistungen nach Artikel 23 Absatz 2 Litera b ausweisen;**

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Sie kann alle oder einzelne Bestimmungen rückwirkend in Kraft setzen.

⁸⁾ Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (Versicherungsvertragsgesetz, VVG; SR [221.229.1](#))

Lescha da taglia per il chantun Grischun

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	720.000
Aboli:	–

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la Constituziun chantunala,
suenter avoir gi invista da la missiva da la Regenza dals ...,

concluda:

I.

Il relasch "Lescha da taglia per il chantun Grischun" DG [720.000](#) (versiun dals 01-01-2025) vegn midà sco suonda:

Art. 4 al. 1 (midà)

¹ Sche l'index nazional dals pretschs da consum divergescha il mais da fanadur d'in onn chalendar dal stadi da la fin da december 2005 per 3 pertschient u per in import multipel, midan ils imports fixads en francs en l'artitgel 31 litera c, en l'artitgel 35 alinea 3, en l'artitgel 36 literas h ed l, en l'artitgel 38, en l'artitgel 39, en l'artitgel 40a, en l'artitgel 52 alineas 1 e 3, en l'artitgel 63 alinea 1, en l'artitgel 64 alinea 1, en l'artitgel 87, en l'artitgel 91 ed en l'artitgel 114 alinea 1 per la proxima perioda fiscala respectivamain per il proxim onn chalendar per 3 pertschient u per l'import multipel correspondent. Las deducziuns ston vegnir arrundadas sin 100 francs, ils imports en l'artitgel 35 alinea 3 ed en l'artitgel 63 alinea 1 sin 1000 francs.

Art. 21c al. 6 (nov)

⁶ L'alinea 1 vala per apports e per agios che vegnan pajads durant ina marscha da chapital tenor ils artitgels 653s ss. dal Dretg d'obligaziuns¹⁾ mo, per quant ch'els surpassan las restituziuns da reservas en il rom da questa marscha da chapital.

Art. 23 al. 2 (midà)

² ~~Rentas-Assicuranzas da rentas vitalizias sco er entradas ord vitalizis contracts da rentas vitalizias e contracts da vitalizi en suttamessassuttamess~~ a la taglia per 40 perschiient en la dimensiun da lur cumpart dal retgav. Questa cumpart sa definescha sco suonda:

- a) **(nov)** en cas da prestaziuns garantidas ord assicuranzas da rentas vitalizias ch'èn suttamessas a la Lescha davart il contract d'assicuranza²⁾, è decisiva la tariffa da tschains maximala (m) ch'è vegnida fixada il mument da la conclusiun dal contract sin basa da l'artitgel 36 alinea 1 da la Lescha davart la surveglianza da las interpresas d'assicuranza³⁾ per l'entira durada dal contract:
 1. sche questa tariffa da tschains è pli gronda che 0, vegn calculada la cumpart dal retgav, arrundada si u giu sin la proxima procentuala entira, tenor la furmla en l'artitgel 7 alinea 2 litera a cifra 1 da la Lescha d'armonisaziun da taglia⁴⁾;
 2. sche questa tariffa da tschains è negativa u 0, importa la cumpart dal retgav 0 perschiient.
- b) **(nov)** en cas da prestaziuns dal surpli ord assicuranzas da rentas vitalizias ch'èn suttamessas a la Lescha davart il contract d'assicuranza, correspunda la cumpart dal retgav 70 perschiient da questas prestaziuns;
- c) **(nov)** en cas da prestaziuns ord assicuranzas da rentas vitalizias, da contracts da rentas vitalizias e da contracts da vitalizi da l'exteriur è decisiva la rendita annualisada auzada per 0,5 puncts procentuals da las obligaziuns federalas da 10 onns (r) durant l'onn fiscal respectiv e durant ils 9 onns precedents:
 1. sche questa rendita è pli gronda che 0, vegn calculada la cumpart dal retgav, arrundada si u giu sin la proxima procentuala entira, tenor la furmla en l'artitgel 7 alinea 2 litera c cifra 1 da la Lescha d'armonisaziun da taglia⁵⁾;

¹⁾ Lescha federala dals 30 da mars 1911 davart la cumpletaziun dal Cudesch civil svizzer (Tschintgavla part: Dretg d'obligaziuns) (DO; CS [220](#))

²⁾ Lescha federala dals 2 d'avrigl 1908 davart il contract d'assicuranza (Lescha davart il contract d'assicuranza, LCA; CS [221.229.1](#))

³⁾ Lescha federala dals 17 da december 2004 davart la surveglianza da las instituziuns d'assicuranza privatas (Lescha davart la surveglianza da las assicuranzas, LSA; CS [961.01](#))

⁴⁾ Lescha federala dals 14 da december 1990 davart l'armonisaziun da la taglia directa dals chantuns e da las vischnancas (Lescha d'armonisaziun da taglia, LATD; CS [642.14](#) (versiun tenor la Lescha federala dals 17 da zercladur 2022 davart l'imposiziun da las rentas vitalizias e da las furmas da prevenziun sumegliantas, CULF 2023 38)

⁵⁾ CS [642.14](#) (versiun tenor la Lescha federala dals 17 da zercladur 2022 davart l'imposiziun da las rentas vitalizias e da las furmas da prevenziun sumegliantas, CULF 2023 38)

-
2. sche la rendita è negativa u 0, importa la cumpart dal retgav 0 pertschient.

Art. 30 al. 1

¹ Libers da taglia èn

- n) **(midà)** ils singuls gudogns fin 1000 francs che derivan da lottarias e da gieus d'inschign per promover la vendita e che n'èn – tenor l'artigel 1 alinea 2 literas d ed e LGD – betg suttemess a la LGD;;
- o) **(nov)** entradas sin basa da la Lescha federala dals 19 da zercladur 2020 davart las prestaziuns transitoricas per ils dischoccupads pli attempads⁶⁾.

Art. 32 al. 1, al. 2 (midà), al. 3 (nov)

¹ Persunas cun activitad da gudogn independenta pon deducir ils custs motivads da la fatschenta u da la professiun, spezialmain:

- g) **(midà)** ils custs da la scolaziun e **da la** furmaziun supplementara orientada a la professiun, inclusiv ils custs da rescolaziun, da l'agen persunal;;
- h) **(nov)** las sanziuns che prelevan il gudogn, uschenavant ch'ellas n'han betg in intent penal.

² Betg deducibels èn ~~pajaments da daners da corrupziun n'èn en il senn dal dretg penal svizzer ad uffizials svizzers u esters.~~ **spezial:**

- a) **(nov)** pajaments da daners da corrupziun en il senn dal dretg penal svizzer;
- b) **(nov)** expensas fatgas per pussibilitar malfatgs u sco cuntraprestaziun per commetter malfatgs;
- c) **(nov)** multas e chastis pecuniars;
- d) **(nov)** sanziuns administrativas finanzialas, uschenavant ch'ellas han in intent penal.

³ Sche sanziuns tenor l'aleina 2 litera c e litera d èn vegnidas pronunziadas d'ina autoritad penala u administrativa da l'exteriur, èn ellas deduciblas, sche:

- a) la sanziun violescha l'urden public svizzer; u
- b) il pajataglia cumprova vardaivlamain ch'el ha fatg tut il pussaivel per sa comportar conform a la lescha.

Art. 36 al. 1

¹ Da las entradas vegnan deducids:

- b) **(midà)** ~~40 pertschient las chargias permanentas sco er la cumpart dal retgav tenor l'artigel 23 alinea 2 litera c da las prestaziuns ord contracts da~~ rentas vitalizias ~~pajadas sco er las grevezzas permanentas ed ord contracts~~ **da vitalizi;**

⁶⁾ CS [837.2](#)

Art. 74 al. 2 (midà)

² Il medem status giuridic sco las ulteriuras personas giuridicas han las investiziuns collectivas da chapital cun possess funsil direct tenor l'artitgel 58 ~~LICo~~ **l'artitgel 118a da la Lescha davart las investiziuns collectivas**⁷⁾. Las societads d'investiziun a chapital fix tenor l'artitgel 110 ~~LICo~~ **da la Lescha davart las investiziuns collectivas** vegnan suttamessas a la taglia sco las societads da chapital.

Art. 81 al. 1, al. 3 (midà), al. 4 (nov)

¹ Tar las expensas motivadas da la fatschenta appartegnan spezialmain:

- a) **(midà)** las taglias ~~da la confederaziun, dals chantuns federalas, chantunalas e da las vischnancas, cun excepziun da las taglias penals e da las multas fiscalas~~ **communalas**;
- i) **(midà)** ils custs da la scolaziun e **da la** furmaziun supplementara orientada a la professiun, inclusiv ils custs da rescolaziun, da l'agen persunal-;
- j) **(nov)** las sancziuns che prelevan il gudogn, uschenavant ch'ellas n'han betg in intent penal.

³ ~~Tar ils custs motivads~~ **Betg tar las expensas motivadas** da la fatschenta ~~na tutgan betg pajaments da daners da corrupziun n'appartegnan en il senn dal dretg penal svizzer ad uffizials svizzers u esters.~~ **spezial:**

- a) **(nov)** pajaments da daners da corrupziun en il senn dal dretg penal svizzer;
- b) **(nov)** expensas fatgas per pussibilitar malfatgs u sco cuntraprestaziun per commetter malfatgs;
- c) **(nov)** multas;
- d) **(nov)** sancziuns administrativas finalialas, uschenavant ch'ellas han in intent penal.

⁴ Sche sancziuns tenor l'alineia 3 litera c e litera d èn vegnidas pronunziadas d'ina autoritad penala u administrativa da l'exteriur, èn ellas deduciblas, sche:

- a) la sancziun violescha l'urden public svizzer; u
- b) il pajataglia cumprova vardaivlamain ch'el ha fatg tut il pussaivel per sa comportar conform a la lescha.

Art. 97 al. 1^{bis} (nov), al. 2^{bis} (nov)

^{1bis} Sche la bilantscha è vegnida fatga en ina valuta estra, sto il gudogn net suttamess a la taglia vegnir midà en francs. Decisiv è il stgomi mesaun (vendita) da la perioda fiscal.

^{2bis} Sche la bilantscha è vegnida fatga en ina valuta estra, sto l'agen chapital suttamess a la taglia vegnir midà en francs. Decisiv è il stgomi (vendita) a la fin da la perioda fiscal.

⁷⁾ Lescha federala dals 23 da zercladur 2006 davart las investiziuns collectivas da chapital (Lescha davart las investiziuns collectivas, LICo; CS [951.31](#))

Art. 129 al. 1

¹ Al pajataglia è obligads d'emetter attestaziuns en scrit

- c) **(midà)** assicuraders davart la valor da recumpra d'assicuranzas e davart las prestaziuns pajadas u debitadas ~~tenor~~ la relaziun d'assicuranza; **en cas da rentas vitalizias ch'èn suttamessas a la Lescha davart il contract d'assicuranza⁸⁾, ston els cumprovar – ultra da l'onn da la clusiun dal contract – l'autezza da la renta vitalizia garantida, l'entira cumpart dal retgav suttamessa a la taglia tenor l'artitgel 23 alinea 2 sco er las prestaziuns dal surpli e la cumpart dal retgav ord questas prestaziuns tenor l'artitgel 23 alinea 2 litera b;**

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur. Ella po metter en vigur retroactivamain tuttas u singulas disposiziuns.

⁸⁾ Lescha federala dals 2 d'avrigl 1908 davart il contract d'assicuranza (Lescha davart il contract d'assicuranza, LCA; CS [221.229.1](#))

Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –
Modificato: **720.000**
Abrogato: –

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'atto normativo "Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni" CSC [720.000](#) (stato 1 gennaio 2025) è modificato come segue:

Art. 4 cpv. 1 (modificato)

¹ Se nel luglio di un anno civile l'indice nazionale dei prezzi al consumo varia del tre per cento o del relativo multiplo rispetto alla situazione di fine dicembre 2005, gli importi fissati in franchi nell'articolo 31 lettera c, nell'articolo 35 capoverso 3, nell'articolo 36 lettere h e l, nell'articolo 38, nell'articolo 39, nell'articolo 40a, nell'articolo 52 capoversi 1 e 3, nell'articolo 63 capoverso 1, nell'articolo 64 capoverso 1, nell'articolo ~~87~~, nell'articolo 91 e nell'articolo 114 capoverso 1 per il prossimo anno fiscale, rispettivamente anno civile variano del tre per cento oppure del relativo multiplo. Le deduzioni devono essere arrotondate per eccesso a 100 franchi, gli importi nell'articolo 35 capoverso 3 e nell'articolo 63 capoverso 1 a ~~1-000~~**1000** franchi.

Art. 21c cpv. 6 (nuovo)

⁶ Il capoverso 1 si applica agli apporti e all'aggio forniti durante la validità di un margine di variazione del capitale secondo gli articoli 653s segg. del Codice delle obbligazioni¹⁾, per quanto eccedano le riserve rimborsate nell'ambito del suddetto margine di variazione del capitale.

Art. 23 cpv. 2 (modificato)

² Le ~~rendite vitalizie assicurazioni di rendita vitalizia~~ nonché i ~~proventi da vitalizi contratti di rendita vitalizia e di vitalizio~~ sono imponibili nella misura del 40 per cento della loro quota di reddito. Essa è calcolata come segue:

- a) **(nuova)** nel caso di prestazioni garantite derivanti da assicurazioni di rendita vitalizia rette dalla legge sul contratto d'assicurazione²⁾, il tasso d'interesse tecnico massimo (m) definito al momento della conclusione del contratto conformemente all'articolo 36 capoverso 1 della legge sulla sorveglianza degli assicuratori³⁾ è determinante per tutta la durata contrattuale:
 1. se tale tasso d'interesse è superiore a zero, la quota di reddito è calcolata, arrotondando il risultato per eccesso o per difetto al valore percentuale intero più vicino, secondo la formula di cui all'articolo 7 capoverso 2 lettera a numero 1 della legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni⁴⁾;
 2. se tale tasso d'interesse è pari o inferiore a zero, la quota di reddito corrisponde allo zero per cento.
- b) **(nuova)** nel caso di prestazioni eccedentarie derivanti da assicurazioni di rendita vitalizia rette dalla legge sul contratto d'assicurazione, la quota di reddito corrisponde al 70 per cento di tali prestazioni;
- c) **(nuova)** nel caso di prestazioni derivanti da assicurazioni di rendita vitalizia estere o da contratti di rendita vitalizia e di vitalizio, è determinante l'ammontare del rendimento annualizzato delle obbligazioni della Confederazione con scadenza a dieci anni (r), aumentato di 0,5 punti percentuali, durante l'anno fiscale in questione e i nove anni precedenti:

¹⁾ legge federale di complemento del Codice civile svizzero (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni) del 30 marzo 1911 (CO; RS [220](#))

²⁾ legge federale sul contratto d'assicurazione del 2 aprile 1908 (legge sul contratto d'assicurazione, LCA; RS [221.229.1](#))

³⁾ legge federale sulla sorveglianza delle imprese di assicurazione del 17 dicembre 2004 (legge sulla sorveglianza degli assicuratori, LSA; RS [961.01](#))

⁴⁾ legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni del 14 dicembre 1990 (LAID; RS [642.14](#); versione conformemente alla legge federale sull'imposizione delle rendite vitalizie e delle forme di previdenza simili del 17 giugno 2022, RU 2023 38)

-
1. se tale rendimento è superiore a zero, la quota di reddito è calcolata, arrotondando il risultato per eccesso o per difetto al valore percentuale intero più vicino, secondo la formula di cui all'articolo 7 capoverso 2 lettera c numero 1 della legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni⁵⁾;
 2. se tale rendimento è pari o inferiore a zero, la quota di reddito corrisponde allo zero per cento.

Art. 30 cpv. 1

¹ Non sono soggetti all'imposta sul reddito:

- n) **(modificata)** le singole vincite alle lotterie e ai giochi di destrezza destinati a promuovere le vendite che secondo l'articolo 1 capoverso 2 lettere d ed e LGD non sottostanno a quest'ultima, purché non superino il limite di 1000 franchi-;
- o) **(nuova)** proventi in base alla legge federale sulle prestazioni transitorie per i disoccupati anziani del 19 giugno 2020⁶⁾.

Art. 32 cpv. 1, cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (nuovo)

¹ Chi svolge attività lucrativa indipendente può dedurre le spese aziendali o professionali motivate e specialmente:

- g) **(modificata)** le spese di formazione e perfezionamento professionali, comprese le spese di riqualificazione, del proprio personale-;
- h) **(nuova)** le sanzioni finalizzate al prelievo dell'utile illecito, nella misura in cui non abbiano carattere penale.

² Non sono deducibili ~~retribuzioni corruttive ai sensi del diritto penale svizzero fatte a pubblici ufficiali svizzeri o stranieri.~~ **segnatamente:**

- a) **(nuova)** i versamenti di retribuzioni corruttive ai sensi del diritto penale svizzero-;
- b) **(nuova)** le spese finalizzate a rendere possibili reati o che costituiscono la controprestazione per la commissione di reati-;
- c) **(nuova)** le multe e le pene pecuniarie-;
- d) **(nuova)** le sanzioni pecuniarie amministrative, nella misura in cui abbiano carattere penale.

³ Se pronunciate da autorità penali o amministrative estere, le sanzioni di cui al capoverso 2 lettera c e lettera d sono deducibili se:

- a) sono contrarie all'ordine pubblico svizzero; o
- b) il contribuente dimostra in modo plausibile di aver intrapreso tutto quanto si poteva ragionevolmente pretendere per conformarsi alla legge.

⁵⁾ RS [642.14](#) (versione secondo la legge federale sull'imposizione delle rendite vitalizie e delle forme di previdenza simili del 17 giugno 2022, RU 2023 38)

⁶⁾ RS [837.2](#)

Art. 36 cpv. 1

¹ Si deducono dalle entrate:

- b) **(modificata)** 40 per cento delle rendite vitalizie pagate nonché gli oneri permanenti; **nonché la quota di reddito secondo l'articolo 23 capoverso 2 lettera c delle prestazioni derivanti da contratti di rendita vitalizia e di vitalizio;**

Art. 74 cpv. 2 (modificato)

² Sono assimilati alle altre persone giuridiche gli investimenti collettivi di capitale con possesso fondiario diretto ai sensi dell'articolo 58 ~~LIC~~ **oppure dell'articolo 118a della legge sugli investimenti collettivi**⁷⁾. Le società di investimento a capitale fisso ai sensi dell'articolo 110 ~~LIC~~ **della legge sugli investimenti collettivi** sono tassate come le società di capitali.

Art. 81 cpv. 1, cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (nuovo)

¹ Fanno parte delle spese giustificate dall'uso commerciale specialmente:

- a) **(modificata)** le imposte della Confederazione, dei cantoni e dei comuni, ~~ee-~~ ~~effettuate le imposte penali e le multe fiscali;~~
- i) **(modificata)** le spese di formazione e perfezionamento professionali, comprese le spese di riqualificazione, del proprio personale;
- j) **(nuova)** le sanzioni finalizzate al prelievo dell'utile illecito, nella misura in cui non abbiano carattere penale.

³ Gli oneri giustificati dall'uso commerciale non comprendono ~~le retribuzioni corruttive ai sensi del diritto penale svizzero fatte a pubblici ufficiali svizzeri o stranieri.~~
segnatamente:

- a) **(nuova)** i versamenti di retribuzioni corruttive ai sensi del diritto penale svizzero;
- b) **(nuova)** le spese finalizzate a rendere possibili reati o che costituiscono la controprestazione per la commissione di reati;
- c) **(nuova)** le multe;
- d) **(nuova)** le sanzioni pecuniarie amministrative, nella misura in cui abbiano carattere penale.

⁴ Se pronunciate da autorità penali o amministrative estere, le sanzioni di cui al capoverso 3 lettera c e lettera d sono deducibili se:

- a) sono contrarie all'ordine pubblico svizzero; o
- b) il contribuente dimostra in modo plausibile di aver intrapreso tutto quanto si poteva ragionevolmente pretendere per conformarsi alla legge.

⁷⁾ legge federale sugli investimenti collettivi di capitale del 23 giugno 2006 (legge sugli investimenti collettivi, LICol; RS [951.31](#))

Art. 97 cpv. 1^{bis} (nuovo), cpv. 2^{bis} (nuovo)

^{1bis} Se la chiusura dei conti è redatta in una moneta estera, l'utile netto imponibile va convertito in franchi. È determinante il corso medio delle divise (vendita) durante il periodo fiscale.

^{2bis} Se la chiusura dei conti è redatta in una moneta estera, il capitale proprio imponibile va convertito in franchi. È determinante il corso delle divise (vendita) durante il periodo fiscale.

Art. 129 cpv. 1

¹ Sono tenuti a rilasciare attestazioni scritte al contribuente:

- c) **(modificata)** gli assicuratori, sul valore di riscatto di assicurazioni e sulle prestazioni pagate o dovute ~~che derivano dal rapporto assicurativo in virtù di rapporti assicurativi;~~ **nel caso di assicurazioni di rendita vitalizia rette dalla legge sul contratto d'assicurazione⁸⁾, devono inoltre indicare l'anno di conclusione del contratto, l'importo della rendita vitalizia garantita, la quota di reddito imponibile complessiva secondo l'articolo 23 capoverso 2 nonché le prestazioni eccedentarie e la quota di reddito da tali prestazioni secondo l'articolo 23 capoverso 2 lettera b;**

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore. Esso può porre in vigore con effetto retroattivo tutte o singole disposizioni.

⁸⁾ legge federale sul contratto d'assicurazione del 2 aprile 1908 (legge sul contratto d'assicurazione, VVG; RS [221.229.1](#))

Auszug Geltendes Recht

Steuergesetz für den Kanton Graubünden

Vom 8. Juni 1986 (Stand 1. Januar 2025)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1986¹⁾

0. Einleitung

Art. 4 VI. Ausgleich der Folgen der kalten Progression *

¹ Weicht der Landesindex der Konsumentenpreise im Juli eines Kalenderjahres vom Stand Ende Dezember 2005 um drei Prozent oder ein Mehrfaches davon ab, ändern sich die in Artikel 31 Litera c, Artikel 35 Abs. 3, Artikel 36 Litera h und l, Artikel 38, Artikel 39, Artikel 40a, Artikel 52 Absatz 1 und 3, Artikel 63 Absatz 1, Artikel 64 Absatz 1, Artikel 87, Artikel 91 und Artikel 114 Absatz 1 in Franken festgelegten Beträge für das nächste Steuer- beziehungsweise Kalenderjahr um drei Prozent oder das entsprechende Mehrfache davon. Die Abzüge sind auf 100 Franken, die Beträge in Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 63 Absatz 1 auf 1000 Franken aufzurunden. *

² Für juristische Personen sind die am Ende der Steuerperiode geltenden Beträge massgebend.

³ Wird die einmal erreichte Schwelle von Absatz 1 unterschritten, bleibt die Indexkorrektur des laufenden Jahres bestehen. *

1. Die Steuern der natürlichen Personen

1.2. EINKOMMENSSTEUER

Art. 21c * d) Kapitaleinlageprinzip

¹ Die Rückzahlung von Einlagen, Aufgeldern und Zuschüssen (Reserven aus Kapitaleinlagen), die von den Inhabern der Beteiligungsrechte nach dem 31. Dezember 1996 geleistet worden sind, wird gleich behandelt wie die Rückzahlung von Grund- oder Stammkapital. Absatz 2 bleibt vorbehalten.

¹⁾ B vom 5. März 1985, Seite 93, Heft Nr. 3 und 3a; GRP 1985/86, 336, (1. Lesung), 750 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

² Schüttet eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, die an einer schweizerischen Börse kotiert ist, bei der Rückzahlung von Reserven aus Kapitaleinlagen nach Absatz 1 nicht mindestens im gleichen Umfang übrige Reserven aus, so ist die Rückzahlung im Umfang der halben Differenz zwischen der Rückzahlung und der Ausschüttung der übrigen Reserven steuerbar, höchstens aber im Umfang der in der Gesellschaft vorhandenen, handelsrechtlich ausschüttungsfähigen übrigen Reserven.

³ Absatz 2 ist nicht anwendbar auf Reserven aus Kapitaleinlagen:

- a) die bei fusionsähnlichen Zusammenschlüssen durch Einbringen von Beteiligungs- und Mitgliedschaftsrechten an einer ausländischen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft nach Artikel 83 Absatz 1 Litera c oder durch eine grenzüberschreitende Übertragung auf eine inländische Tochtergesellschaft nach Artikel 83 Absatz 1 Litera d nach dem 24. Februar 2008 entstanden sind;
- b) die im Zeitpunkt einer grenzüberschreitenden Fusion oder Umstrukturierung nach Artikel 83 Absatz 1 Litera b und Absatz 3 oder der Verlegung des Sitzes oder der tatsächlichen Verwaltung nach dem 24. Februar 2008 bereits in einer ausländischen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft vorhanden waren;
- c) im Falle der Liquidation der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft.

⁴ Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäss auch für Reserven aus Kapitaleinlagen, die für die Ausgabe von Gratisaktien oder für Gratisnennwerterhöhungen verwendet werden.

⁵ Entspricht bei der Rückgabe von Beteiligungsrechten an einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, die an einer schweizerischen Börse kotiert ist, die Rückzahlung der Reserven aus Kapitaleinlagen nicht mindestens der Hälfte des erhaltenen Liquidationsüberschusses, so vermindert sich der steuerbare Anteil dieses Liquidationsüberschusses um die halbe Differenz zwischen diesem Anteil und der Rückzahlung, höchstens aber im Umfang der in der Gesellschaft vorhandenen Reserven aus Kapitaleinlagen, die auf diese Beteiligungsrechte entfallen.

Art. 23 * 6. Einkünfte aus Vorsorge

¹ Steuerbar sind alle Einkünfte aus der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, aus Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge, mit Einschluss der Kapitalabfindungen und Rückzahlungen von Einlagen, Prämien und Beiträgen.

² Leibrenten sowie Einkünfte aus Verpfändung sind zu 40 Prozent steuerbar.

³ ... *

Art. 30 II. Steuerfreie Einkünfte

¹ Steuerfrei sind:

- a) Vermögensanfall infolge Erbschaft, Vermächtnis, Schenkung oder güterrechtlicher Auseinandersetzung;
- b) der Erlös aus Bezugsrechten, sofern die Vermögensrechte zum Privatvermögen gehören;
- c) * Einkünfte aus Korporationsteilrechten;

- d) * Einkünfte aus Versicherungen und Fürsorgekassen, die nachweislich zur Deckung von Arzt-, Spital- oder Heilungskosten bestimmt sind und dazu verwendet werden;
- e) * Kapitalzahlungen, die anlässlich eines Stellenwechsels durch den Arbeitgeber oder durch eine Personalvorsorgeeinrichtung ausgerichtet werden, soweit sie vom Empfänger innert Jahresfrist zum Einkauf in eine Personalvorsorgeeinrichtung oder zum Erwerb einer Freizügigkeitspolice verwendet werden;
- f) * Unterstützungen aus öffentlichen oder privaten Mitteln, die für den Lebensunterhalt notwendig sind;
- g) * Leistungen in Erfüllung familienrechtlicher Verpflichtungen, ausgenommen die Unterhaltsbeiträge nach Artikel 29 Litera h;
- h) * der Sold für Militär- und Zivilschutzdienst;
- h^{bis}) * der Sold der Milizfeuerwehrleute bis zum Betrag von jährlich 5000 Franken für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Kernaufgaben der Feuerwehr (Übungen, Pikettdienste, Kurse, Inspektionen und Ernstfalleinsätze zur Rettung, Brandbekämpfung, allgemeinen Schadenwehr, Elementarschadenbewältigung und dergleichen); ausgenommen sind Pauschalzulagen für Kader, Funktionszulagen sowie Entschädigungen für administrative Arbeiten und für Dienstleistungen, welche die Feuerwehr freiwillig erbringt;
- i) * Lidlohnzahlungen, die von den Eltern oder Grosseltern in den bisherigen ordentlichen Veranlagungen nicht abgezogen wurden;
- k) * Zahlungen von Genugtuungssummen;
- l) * die Einkünfte aufgrund der Bundesgesetzgebung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie weitere Ergänzungsleistungen der öffentlichen Hand;
- m) * die Gewinne, die in Spielbanken mit Spielbankenspielen erzielt werden, die nach dem Bundesgesetz über Geldspiele vom 29. September 2017 (Geldspielgesetz, BGS)²⁾ zugelassen sind, sofern diese Gewinne nicht aus selbständiger Erwerbstätigkeit stammen;
- m^{bis}) * die einzelnen Gewinne bis zu einem Betrag von 1 Million Franken aus der Teilnahme an Grossspielen, die nach dem BGS zugelassen sind, und aus der Online-Teilnahme an Spielbankenspielen, die nach dem BGS zugelassen sind;
- m^{ter}) * die Gewinne aus Kleinspielen, die nach dem BGS zugelassen sind;
- n) * die einzelnen Gewinne aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung, die nach Artikel 1 Absatz 2 Litera d und e BGS diesem nicht unterstehen, sofern die Grenze von 1000 Franken nicht überschritten wird.

Art. 32 2. Bei selbständiger Erwerbstätigkeit
a) Im Allgemeinen

¹ Selbständig Erwerbende können die geschäfts- oder berufsmässig begründeten Kosten abziehen, insbesondere:

- a) die ausgewiesenen Abschreibungen für Wertverminderungen des Geschäftsvermögens;

²⁾ SR [935.51](#)

- b) die Rückstellungen für betragsmässig noch unbestimmte Verpflichtungen oder andere unmittelbar drohende Verlustrisiken, die im Geschäftsjahr bestehen;
- c) * die Rücklagen für künftige Forschungs- und Entwicklungskosten im Rahmen der regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen³⁾;
- d) * die eingetretenen und verbuchten Verluste auf Geschäftsvermögen;
- e) * die im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)⁴⁾ geleisteten periodischen und einmaligen Beiträge an Vorsorgeeinrichtungen zugunsten des eigenen Personals, sofern jede zweckwidrige Verwendung ausgeschlossen ist;
- f) * die Zinsen auf Geschäftsschulden sowie Zinsen, die auf Beteiligungen nach Artikel 18 Absatz 2 entfallen;
- g) * die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung, einschliesslich Umschulungskosten, des eigenen Personals.

² Nicht abziehbar sind Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger. *

Art. 36 * 4. Allgemeine Abzüge

¹ Von den Einkünften werden abgezogen:

- a) * die privaten Schuldzinsen im Umfang des nach Artikel 21, 21a und 22 steuerbaren Vermögensertrages plus weitere 50 000 Franken;
- b) 40 Prozent der bezahlten Leibrenten sowie die dauernden Lasten;
- c) die Unterhaltsbeiträge an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten sowie die Unterhaltsbeiträge an einen Elternteil für die unter dessen elterlicher Sorge oder Obhut stehenden Kinder, nicht jedoch Leistungen in Erfüllung anderer familienrechtlicher Unterhalts- oder Unterstützungspflichten;
- d) die gesetzlichen Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung, an die Invalidenversicherung, an die Arbeitslosenversicherung, an die Erwerbsersatzordnung und an die obligatorische Unfallversicherung;
- e) die gemäss Gesetz, Statut oder Reglement geleisteten Einlagen, Prämien und Beiträge zum Erwerb von Ansprüchen aus Einrichtungen der beruflichen Vorsorge;
- f) die Beiträge zum Erwerb von Ansprüchen aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge bis zum Höchstbetrag nach BVG;
- g) * die Krankheits- und Unfallkosten des Steuerpflichtigen und der von ihm unterhaltenen Personen, soweit der Steuerpflichtige die Kosten selber trägt und diese 5 Prozent des reinen Einkommens im Bemessungsjahr übersteigen;
- g^{bis}) * die behinderungsbedingten Kosten des Steuerpflichtigen oder der von ihm unterhaltenen Personen mit Behinderungen im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 2002⁵⁾, soweit der Steuerpflichtige die Kosten selber trägt;

³⁾ Art. 12 ff. ABzStG; BR [720.015](#)

⁴⁾ SR [831.40](#)

⁵⁾ SR [151.3](#)

- h) * die Einlagen, Prämien und Beiträge des Steuerpflichtigen und der von ihm unterhaltenen Personen für die Lebens-, die Kranken- und die nicht unter Litera d fallende Unfallversicherung sowie die Zinsen von Sparkapitalien bis zum Gesamtbetrag von:
1. 8400 Franken für verheiratete Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben;
 2. 4200 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen;
 3. für Steuerpflichtige ohne Beiträge gemäss Litera e und f erhöhen sich diese Abzüge um 2200 Franken für gemeinsam steuerpflichtige Ehegatten und um 1100 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen;
 4. die Abzüge erhöhen sich um 900 Franken für jedes minderjährige oder in beruflicher Ausbildung stehende Kind;
- i) * die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind (Artikel 78 Litera a - d und Litera f) bis zu 20 Prozent des Reineinkommens;
- k) die nach Gesetz und darauf beruhenden reglementarischen oder statutarischen Bestimmungen geleisteten Beiträge des Versicherten für den Einkauf von Beitragsjahren an anerkannte Einrichtungen der beruflichen Vorsorge;
- l) * die nachgewiesenen Kosten, jedoch höchstens 10 000 Franken, für die Drittbetreuung jedes Kindes, das das 14. Altersjahr noch nicht vollendet hat und mit der steuerpflichtigen Person, die für seinen Unterhalt sorgt, im gleichen Haushalt lebt, soweit diese Kosten in direktem kausalem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Erwerbsunfähigkeit der steuerpflichtigen Person stehen. Der Abzug kann auf zwei Steuerpflichtige aufgeteilt werden;
- m) * die Mitgliederbeiträge und Zuwendungen bis zum Gesamtbetrag von 10 000 Franken an politische Parteien, die:
1. im Parteienregister nach Artikel 76a des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte eingetragen sind;
 2. im kantonalen Parlament vertreten sind, oder
 3. im Kanton bei den letzten Wahlen des kantonalen Parlaments mindestens 3 Prozent der Stimmen erreicht haben;
- n) * die Einsatzkosten in der Höhe von 5 Prozent, jedoch höchstens 5000 Franken, der einzelnen Gewinne aus der Teilnahme an Geldspielen, welche nicht nach Artikel 30 Absatz 1 Litera m-n steuerfrei sind. Von den einzelnen Gewinnen aus der Online-Teilnahme an Spielbankenspielen nach Artikel 30 Absatz 1 Litera m^{bis} werden die vom Online-Spielerkonto abgebuchten Spieleinsätze im Steuerjahr abgezogen, jedoch höchstens 25 000 Franken;
- o) * die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung, einschliesslich der Umschulungskosten, bis zum Maximalbetrag gemäss Artikel 33 Absatz 1 Litera j des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (DBG)⁶⁾, sofern:
1. ein erster Abschluss auf der Sekundarstufe II vorliegt; oder

⁶⁾ SR [642.11](#)

2. das 20. Lebensjahr vollendet ist und es sich nicht um die Ausbildungskosten bis zum ersten Abschluss auf der Sekundarstufe II handelt.

2. Gewinn- und Kapitalsteuer *

2.1. STEUERPFLICHT

Art. 74 * I. Unbeschränkte Steuerpflicht

¹ Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Vereine, Stiftungen und die übrigen juristischen Personen sind steuerpflichtig, wenn sich ihr Sitz oder ihre tatsächliche Verwaltung im Kanton befindet. *

^{1bis} Verlegt eine juristische Person während einer Steuerperiode ihren Sitz oder die tatsächliche Verwaltung von einem Kanton in einen anderen Kanton, ist sie in den beteiligten Kantonen für die gesamte Steuerperiode steuerpflichtig. Veranlagungsbehörde im Sinne von Artikel 165 ist diejenige des Kantons des Sitzes oder der tatsächlichen Verwaltung am Ende der Steuerperiode. *

² Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz nach Artikel 58 KAG⁷⁾. Die Investmentgesellschaften mit festem Kapital nach Artikel 110 KAG werden wie Kapitalgesellschaften besteuert. *

³ Ausländische juristische Personen sowie die nach Artikel 11 Absatz 4 steuerpflichtigen ausländischen Handelsgesellschaften und Personengesamtheiten werden jenen inländischen juristischen Personen gleichgestellt, denen sie rechtlich oder tatsächlich am ähnlichsten sind.

⁴ Eine Steuerpflicht auf Grund wirtschaftlicher Zugehörigkeit im Sinne von Artikel 75 Absatz 1 in einem anderen Kanton als demjenigen des Sitzes oder der tatsächlichen Verwaltung besteht für die gesamte Steuerperiode, auch wenn sie während der Steuerperiode begründet, verändert oder aufgehoben wird. *

⁵ Der Gewinn und das Kapital werden zwischen den beteiligten Kantonen in sinngemässer Anwendung der Grundsätze des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung ausgeschieden. *

2.2. GEWINNSTEUER

Art. 81 * 6. Geschäftsmässig begründeter Aufwand *

¹ Zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören insbesondere:

- a) * die Steuern des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, ausgenommen die Strafsteuern und die Steuerbussen;

⁷⁾ Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (Kollektivanlagengesetz, KAG; SR [951.31](#))

- b) ausgewiesene Abschreibungen für Wertverminderungen des Geschäftsvermögens;
- c) Rückstellungen für betragsmässig noch unbestimmte Verpflichtungen oder andere unmittelbar drohende Verlustrisiken, die im Geschäftsjahr bestehen;
- d) die Rücklagen für künftige Forschungs- und Entwicklungskosten im Rahmen der regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen⁸⁾;
- e) Verluste auf Geschäftsvermögen, soweit sie verbucht worden sind;
- f) * die im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)⁹⁾ periodischen und einmaligen Beiträge an Vorsorgeeinrichtungen zugunsten des eigenen Personals, sofern jede zweckwidrige Verwendung ausgeschlossen ist;
- g) * die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind (Art. 78 lit. a-d und lit. f), bis zu 20 Prozent des steuerbaren Reingewinns;
- h) Rabatte, Skonti, Umsatzbonifikationen und Rückvergütungen auf dem Entgelt für Lieferungen und Leistungen sowie die zur Verteilung an die Versicherten bestimmten Überschüsse von Versicherungsgesellschaften;
- i) * die Kosten der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung, einschliesslich Umschulungskosten, des eigenen Personals.

² Wertberichtigungen sowie Abschreibungen auf den Gesteungskosten von Beteiligungen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 88a Absatz 1 Litera b erfüllen, werden dem steuerbaren Gewinn zugerechnet, soweit sie nicht mehr begründet sind. *

³ Nicht zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören Zahlungen von Bestechungsgeldern im Sinne des schweizerischen Strafrechts an schweizerische oder fremde Amtsträger. *

2.5. ZEITLICHE BEMESSUNG

Art. 97 II. Bemessung von Reingewinn und Kapital

¹ Die Gewinnsteuer wird nach dem in der Steuerperiode erzielten Reingewinn bemessen.

² Die Kapitalsteuer wird nach dem Stand am Ende des Geschäftsjahres bemessen. *

³ Umfasst ein Geschäftsjahr mehr oder weniger als zwölf Monate, wird:

a) * ...

b) * die Kapitalsteuer für die tatsächliche Dauer der Steuerperiode berechnet.

⁴ Wird eine juristische Person aufgelöst oder verlegt sie ihren Sitz, die Verwaltung, einen geschäftlichen Betrieb oder eine Betriebsstätte ins Ausland, werden die aus nicht versteuertem Gewinn gebildeten stillen Reserven zusammen mit dem Reingewinn des letzten Geschäftsjahres besteuert. *

⁸⁾ Art. 12 ff. ABzStG; BR [720.015](#)

⁹⁾ SR [831.40](#)

⁵ Ändern sich die für die interkantonale oder internationale Steuerauscheidung massgebenden Verhältnisse, ist auf den Zeitpunkt der Änderung eine Zwischenveranlagung durchzuführen.

7. Verfahrensrecht

7.2. VERANLAGUNGSVERFAHREN

Art. 129 3. Bescheinigungspflicht Dritter

¹ Gegenüber dem Steuerpflichtigen sind zur Ausstellung schriftlicher Bescheinigungen verpflichtet:

- a) Arbeitgeber über ihre Leistungen an Arbeitnehmer;
- b) Gläubiger und Schuldner über Bestand, Höhe, Verzinsung und Sicherstellung von Forderungen;
- c) Versicherer über den Rückkaufswert von Versicherungen und über die aus dem Versicherungsverhältnis ausbezahlten oder geschuldeten Leistungen;
- d) Treuhänder, Vermögensverwalter und andere Beauftragte, die Vermögen des Steuerpflichtigen in Besitz oder in Verwaltung haben, über dieses Vermögen und dessen Erträge;
- e) Personen, die mit dem Steuerpflichtigen Geschäfte tätigen oder getätigt haben, über die beidseitigen Ansprüche und Leistungen.

² Bescheinigungen, die der Steuerpflichtige trotz Aufforderung nicht vorlegt, kann die Steuerbehörde direkt vom Dritten einfordern. Gesetzlich geschützte Berufsgeheimnisse bleiben vorbehalten.

